

NR. 05/2026

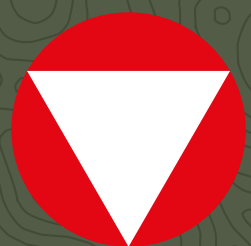
KONTEXT

KRISEN | KRIEGE | KONFLIKTE



Putins Konflikte

EINSATZBEREIT FÜR ÖSTERREICH
BUNDESHEER.AT



UNSER HEER



Bild: TexBr/Shutterstock

INHALT

04

Russlands außenpolitische Entwicklung

Der Zerfall der Sowjetunion wirkt bis heute nach: in Putins Denken und mit ungelösten Konflikten in Russlands Nachbarschaft.

15

Transnistrien: Sezessionskonflikt in Moldau

Seit 1992 gibt es keine Lösung für den Konflikt zwischen Moldau und Transnistrien, wo bis heute rund 1.500 russische Soldaten stationiert sind.

24

Armenien-Aserbaidshan: dem Frieden näher denn je

Der Bergkarabach-Konflikt endete 2023. Noch offen ist ein Friedensvertrag zwischen den beiden Südkaukasus-Republiken.

09

Russlands Krieg gegen die Ukraine

Der Krieg gegen die Ukraine ist kein Krieg um Territorien, sondern gegen ihre Existenz. Und es ist ein Kampf um die Sicherheitsordnung eines Kontinents.

21

Georgiens Konflikte mit Abchasien und Südossetien

Demokratieabbau und jahrelange Annäherung an Russland – ist so eine Lösung des Konflikts zwischen Georgien und Russlands „Schützlingen“ möglich?

29

Relevanz für Österreich

Unser Wohlstand und Österreichs Sicherheit hängen auch mit Geopolitik, Kriegen und internationalen Krisen zusammen.



**Institut für Friedenssicherung
und Konfliktmanagement**

WISSEN.SCHAFFT.FRIEDEN

NR. 05/2026

KONTEXT

KRISEN | KRIEGE | KONFLIKTE

Erscheinungsdatum:
März 2026

Coverbild:
KI-generiertes Bild/Shutterstock

Die Inhalte der Beiträge geben
die persönliche Einschätzung der
Autoren wieder und entsprechen nicht
notwendigerweise den Positionen
des Bundesministeriums
für Landesverteidigung.



Bild: HBF

Ü

ber vier Jahre Krieg gegen die Ukraine führen vor allem Europa die Verletzlichkeit staatlicher Souveränität deutlich vor Augen. Die ungelösten Konflikte in Osteuropa und im Südkaukasus waren aber schon seit dem Zerfall der Sowjetunion ein Mittel für Russland, den Einfluss in den ehemaligen Sowjetrepubliken zu bewahren.

3

Ein aktueller Blick auf die Konflikte um Transnistrien, Abchasien und Südossetien sowie die Folgen des Bergkarabach-Konflikts zwischen Armenien und Aserbaidschan lohnt sich daher. Die Beiträge bieten einen Überblick über die Konfliktursachen, Entwicklungen und ausgewählte Maßnahmen des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements. Der Krieg gegen die Ukraine und auch die Relevanz der Konflikte für Österreich werden ebenso betrachtet. Einleitend wird die Entwicklung der russischen Außenpolitik vor dem Hintergrund der innenpolitischen Entwicklungen beleuchtet.

Am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) der Landesverteidigungsakademie wird besonderer Wert auf eine umfassende Konfliktforschung gelegt. Mit dieser Publikation in unserer Serie „Kontext“ bieten wir einen Überblick über mehrere relevante Konflikte. Damit sollen Zusammenhänge zwischen den Entwicklungen der einzelnen Konflikte, den Ansprüchen Moskaus und der Sicherheit Österreichs erkennbar werden. Dies stärkt das Verständnis für die Komplexität von Sicherheitspolitik. Somit leistet diese Publikation einen Beitrag zur Geistigen Landesverteidigung.

DER INSTITUTSLEITER DES IFK/LVAK
OBERST DR. ANTON DENG

CHRISTOPH BILBAN

Russlands außenpolitische Entwicklung

Der Zerfall der Sowjetunion
wirkt bis heute nach:
in Putins Denken und
mit ungelösten Konflikten
in Russlands Nachbarschaft.

4

Der Zerfall der Sowjetunion brachte an den Rändern des sowjetischen Imperiums Konflikte mit sich, die bis heute ungelöst blieben. Russland nutzte sie wiederholt, um seinen Einfluss in den ehemaligen Sowjetrepubliken zu behalten. Sie sind ein Hebel für Russlands hegemonialen Anspruch, der tief in Moskaus Außenpolitik verankert ist. Die folgende Analyse betrachtet die Entwicklung der russischen Außenpolitik vor allem als Funktion innenpolitischer Dynamiken. Es ist ein möglicher und verbreiteter Erklärungsansatz, der aber andere Erklärungsansätze nicht ausschließt.

Russlands Außenpolitik als Identitätsproblem

Der russisch-ukrainische Krieg dauert bereits länger als der – für Russlands Präsident Wladimir Putin ideologisch so wichtige – „Große Vaterländische Krieg“ gegen Nazideutschland (1941–1945). Der Krieg gegen die Ukraine ist nur der Gipfel einer russischen Außenpolitik, welche die Souveränität der Nachbarstaaten nicht anerkennt. Die Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation von 2023 ist das neueste offizielle Dokument, in dem der Kreml seinen vorrangigen Anspruch

auf diese Staaten geltend macht. Sie seien laut dem Dokument zentral für Russlands Sicherheit und Entwicklung und durch gemeinsame Geschichte, Sprache und kulturelle Verbindungen eng mit dem Zentrum Moskau verbunden. Das rechtfertige militärische und nicht-militärische Interventionen, falls der Kreml russische Sicherheitsinteressen bedroht sieht. Russland zeigt damit, dass es seine imperiale Identität nach 1991 nicht abgelegt hat.

Putins Weltbild

Unter Putin wurde der imperiale Charakter Russlands am Umgang mit der Ukraine deutlich sichtbar. In seinem Artikel „Über die historische Einheit





Bild: Tomas Ragina/Shutterstock

der Russen und der Ukrainer“ vom Juli 2021 sprach Putin der Ukraine nicht nur ihre Souveränität, sondern sogar das Existenzrecht ab. Die Ukrainer seien schließlich ein Teil des russischen Volkes, schrieb Putin. Die USA und die EU hätten die Ukraine in Putins Interpretation aber zu einem „Anti-Russland“ gemacht.

Farbrevolutionen: „gesteuerte“ Massenproteste

Hier wird Putins Sozialisierung als ehemaliger Agent des sowjetischen Geheimdienstes KGB deutlich. Dem

Wiener Osteuropa-Historiker Andreas Kappeler zufolge „kann sich [Putin, Anm.] nicht vorstellen, dass die ukrainischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger [2013/14, Anm.] von sich aus auf die Straße gingen und mit ihren Demonstrationen einen Machtwechsel erzwangen.“ Bereits die Massenproteste gegen Wahlbetrug in Georgien 2003 und der Ukraine 2004 wurden in Russland als sogenannte „Farbrevolutionen“ zu einem Sicherheitsproblem erklärt. Sie wären, so die Erzählung Moskaus, keine legitime demokratische Willensäußerung, sondern ein von russlandfeindlichen Mächten (allen voran den USA) gesteuerter Versuch der Einmischung in innere Angelegenheiten. Um eine Farbrevolution gegen sich zu verhindern, verfolgt Putin daher die russische

Opposition und freie Medien seit 2012 als „ausländische Agenten“.

Der Wandel der russischen Außenpolitik

In den frühen 1990er-Jahren war Russland unter Präsident Boris Jelzin aber noch pro-westlich ausgerichtet. Der Kreml erhoffte sich in dieser Phase eine tiefere Zusammenarbeit mit westlichen Strukturen. Die Opposition sah aber bereits damals enge Beziehungen zum Westen sehr kritisch. Oligarchie und Turbokapitalismus schwächten Demokratie



Bild: Alexandr Zadraka/Shutterstock

Die Proteste am Unabhängigkeitsplatz in Kyjiw 2004 wurden wegen der Farbe der Flaggen als „Orange Revolution“ bekannt.

6

und Rechtsstaatlichkeit in der öffentlichen Wahrnehmung. Jelzins Einsatz der Armee gegen das eigene Parlament und dessen Auflösung während der Verfassungskrise 1993 dämpfte die Hoffnungen auf eine demokratische Entwicklung weiter. Der erste Tschetschenienkrieg 1994–1996 ließ

vor allem in den ehemaligen Staaten des Warschauer Paktes die Alarmglocken schrillen. Sie strebten nach verlässlichen Sicherheitsgarantien: dem NATO-Beitritt.

Schon ab Mitte der 1990er-Jahre veränderten sich die russischen außenpolitischen Leitlinien. Außenminister Jewgeni

Primakow stellte schon 1996 klar, dass Russland eine Dominanz der USA nicht mehr akzeptierte. Gemäß seiner Doktrin sollte Russland im „Nahen Ausland“, also den Nachfolgestaaten der UdSSR, eine hegemoniale Rolle einnehmen. Er forderte eine multipolare Welt, mit guten Beziehungen zwischen Russland, China und Indien. Moskau kritisierte die NATO-Beitritte Polens, Tschechiens und Ungarns und die NATO-Intervention gegen die Bundesrepublik Jugoslawien 1999.

Putin begrüßt General Machmut Garejew, Veteran des „Großen Vaterländischen Krieges“, bei der Parade zum „70. Tag des Sieges“ am 9. Mai 2015.



Bild: Wikimedia

Zunehmende Ablehnung

Unter dem neuen Präsidenten Putin sollte zu Beginn der 2000er-Jahre zuerst nochmals eine kurze Phase der Annäherung an den Westen einsetzen. Putin konnte dank steigender Öl- und Gaseinnahmen und einer öffentlichkeitswirksamen Beschneidung der Macht der Oligarchen den Menschen Wohlstand und Sicherheit im Tausch für die Unterstützung seiner Politik anbieten. Und er begann den Rückbau der Demokratie, z.B. durch

Übernahme von Medien. Der Putin-Berater Wladislaw Surkow nannte das zunehmend autoritäre System eine „souveräne Demokratie“. Die neuerliche Abwendung vom demokratischen Westen macht Putin in seiner berühmten Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 deutlich.

Endgültige Abkehr

vom Westen

Dmitri Medwedew folgte Putin 2008 als Präsident in den Kreml. Der russisch-georgische Krieg im August 2008 stellte die Beziehungen zum Westen zusätzlich auf die Probe. Auch der danach von den USA initiierte Neustart der belasteten Beziehungen zu Russland sollte nur kurz währen. Gegen die Wiederwahl der Putin-Partei „Einiges Russland“ im Dezember 2011 und die anschließende Wahl Putins zum neuen alten Präsidenten im März 2012 gingen hunderttausende Menschen in Moskau und anderen Städten auf die Straßen. Als Reaktion baute Putin seine

autoritäre Herrschaft immer offensichtlicher aus. Die zunehmend aggressive Haltung gegenüber der EU und den USA war nicht nur eine Reaktion auf eine veränderte geopolitische Lage, sondern vor allem eine Ablehnung liberal-demokratischer Prinzipien und diente zur Stabilisierung des Regimes nach innen.

Schlüsselland

Ukraine

Mit der Eurasischen Union wollte Putin seine imperiale Idee ab 2012 auch wirtschaftlich umsetzen. Die Ukraine lehnte eine Teilnahme an dieser Union ab, denn es verhandelte bereits ein Freihandelsabkommen mit der EU. Putins imperiales Projekt wäre aber ohne die Ukraine unvollendet. Sein Versuch, durch milliardenschwere Wirtschaftshilfe 2013 die ukrainische Politik zu beeinflussen, scheiterte am Widerstand des Volkes. 2014 reagierte Russland gemäß der

beschriebenen außenpolitischen Logik auf die Ereignisse am Maidan-Platz in Kyjiw mit militärischen Mitteln. Die russische Annexion der Halbinsel Krim und der von Russland unterstützte Krieg im Donbas besiegelte den Bruch mit dem Westen.

Einfluss auf die

langwierigen Konflikte

im Umfeld Russlands

Für die Staaten in Russlands Nachbarschaft war der Angriff auf die Ukraine auch ein klares Signal: keine liberale Demokratie, keine zu große Nähe zum Westen. Die langwierigen Konflikte in den Nachbarstaaten machen diese besonders verwundbar. Sie bieten Putin einen idealen Hebel zur Einflussnahme in Moldawien, Georgien, Armenien und auch Aserbaidschan.

Russische Streitkräfte befinden sich ohne Zustimmung der Regierungen

Wrack eines ausgebrannten, verrosteten russischen Panzers in der Ukraine.





Bild: PhotoChur/Shutterstock

Die russische Armee bietet hohe Prämien für freiwillige Meldungen zum Kriegsdienst, um weitere Teilmobilmachungen zu vermeiden.

Moldaus und Georgiens in den abtrünnigen Gebieten Transnistrien, Abchasien und Südossetien. Für die international nicht anerkannten „Regierungen“ dieser Gebiete sind die wirtschaftliche und politische Unterstützung aus Moskau überlebenswichtig. Damit kann Moskau jederzeit an der Eskalationsschraube drehen. Im armenisch-aserbaidschanischen Konflikt um Bergkarabach spielte Russland lange eine diplomatische Schlüsselrolle als Vermittler. Und obwohl Moskau 2023 durch die aserbaidschanische Einnahme von Bergkarabach diese Karte nicht mehr spielen kann, bleibt der russische Einfluss bestehen. Solange der

Friedensprozess zwischen Armenien und Aserbaidschan keinen unterschriebenen Vertrag hervorgebracht hat, wird sich Armenien Moskaus Einfluss nicht vollständig entziehen können. Zu groß sind die militärischen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten.

Ob Russland langfristig verhindern kann, dass seine Nachbarn in Osteuropa und im Südkaukasus ihre eigenen Wege gehen, bleibt abzuwarten. Putin könnte diese Konflikte aber auch in Zukunft weiterhin ausnutzen. Daher sind sie, wie auch der Krieg gegen die Ukraine, Putins Konflikte. ■

Die zunehmende Zahl der Gräber erschwert deutlich die steigenden Verlustzahlen in Russland zu verheimlichen.



Bild: PhotoChur/Shutterstock

INFOBOX

Russlands Angst vor der NATO

Die Nordatlantische Vertragsorganisation, kurz NATO, ist ein kollektives Verteidigungsbündnis auf Basis der UN-Charta. Sie war im Kalten Krieg der Hauptfeind der Sowjetunion und ihres Militärbündnisses, genannt Warschauer Pakt. Fast die gesamte politische und militärische Führung des heutigen Russlands wurden noch im Kalten Krieg sozialisiert. Die NATO blieb daher auch nach 1991 das Hauptfeindbild. In Moskau wollte und will man die Versicherungen der NATO, dass sie nur ein Verteidigungsbündnis sei, nicht glauben. Selbst die enge Kooperation von 1997 bis 2014, als russische Offiziere und Diplomaten bei der NATO in Brüssel vertreten waren, konnte Moskau nicht überzeugen. Ab 2014 schränkte die NATO zwar die Kooperation ein und suspendierte sie 2022, aber erst die russische Annexion der Krim führte in der NATO zur Rückkehr der Bündnisverteidigung und des Feindbildes Russland.

Die NATO-Erweiterungen 1999 und 2004 sah der Kreml zwar kritisch, aber selbst Putin hoffte noch 2004, dass die NATO-Erweiterung „das Vertrauen in Europa und der Welt stärken würde“. Die ehemaligen Sowjetrepubliken waren aber die rote Linie. 2008 bekamen die Ukraine und Georgien die Zusage für eine intensivere Zusammenarbeit und eine Beitrittsperspektive von der NATO. Einige NATO-Staaten, wie die USA, wollten damals bereits einen konkreten Beitrittsprozess beginnen. Andere, wie Deutschland und Frankreich, waren vorsichtiger. Einen Konsens für die Aufnahme der Ukraine und Georgiens gab es 2008, 2014 und auch 2022 vor Russlands Angriff auf die Ukraine nicht. Im Dezember 2021 schickte Russlands Außenministerium schließlich zwei Vertragsentwürfe an die NATO und die USA. Darin forderte Moskau unter anderem, dass die USA weitere NATO-Erweiterungen verhindern sollte. Die NATO hätte ihre Aktivitäten in der Ukraine einstellen sollen. Diese zwei Punkte wurden klar abgelehnt, aber zugleich auch Angebote über Verhandlungen zu Fragen der strategischen Stabilität an Moskau übermittelt. Moskau hält an den ursprünglichen Forderungen bis dato fest.

CHRISTOPH BILBAN

Russlands Krieg gegen die Ukraine



Der Krieg gegen die Ukraine
ist kein Krieg um Territorien,
sondern gegen ihre Existenz.

Und es ist ein Kampf
um die Sicherheitsordnung eines Kontinents.



Die Ukraine erklärte im August 1991 ihre Unabhängigkeit von der Sowjetunion. Das Land entwickelte sich danach in einem Spannungsfeld aus Eigeninteressen verschiedener Oligarchen-Clans, allgegenwärtiger Korruption, schwacher Wirtschaftsentwicklung und der außenpolitischen Gretchenfrage: Richtung Russland oder Europa. Die Ukraine blieb aber von kriegesischen Auseinandersetzungen wie beispielsweise im Nachbarland Moldau lange Zeit verschont. Politische Konflikte gab es dennoch. Die multiethnische Krim strebte in den frühen 1990er Jahren nach Autonomie und teils sogar Unabhängigkeit, obwohl eine Mehrheit das Unabhängigkeitsreferendum von der UdSSR ursprünglich sogar unterstützte. Russland unterstützte auch schon damals separatistische Kräfte. 2003 drohte Russland die Insel Tula in der Meerenge von Kertsch zu besetzen und hätte damit effektiv die Kontrolle über das Asowsche Meer erlangt. Ein für Kyjiw ungünstiger Kompromiss konnte damals eine Eskalation verhindern.

Im Unterschied zu Russland konsolidierte sich in der Ukraine aber eine konfliktreiche, und lebendige Demokratie: 2004 führte Wahlbetrug zu Massenprotesten („Orange Revolution“), in deren Folge der pro-europäische Wiktor Juschtschenko Präsident wurde. Unter ihm begannen Gespräche über eine Annäherung an die EU. Sein pro-russischer Nachfolger Wiktor Janukowytsch setzte nach seiner Wahl 2010 den Prozess fort. Erst kurz vor Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU im November 2013 verweigerte Janukowytsch jedoch seine Unterschrift. Ein milliardenschweres Angebot für Wirtschaftshilfe aus Moskau, so eine Theorie, dürfte diese Entscheidung beeinflusst haben. Hunderte pro-europäische Ukrainer begannen in Kyjiw zu protestieren.

Menschenmassen protestieren im Dezember 2013 in Kyjiw am Unabhängigkeitsplatz, genannt Maidan vom ukrainischen Wort für Platz.



Bild: Krysja/Shutterstock



Bewaffnete Kräfte, die in ihrer Ausrüstung und Uniform den russischen Spetsnaz sehr ähnlich sehen, riegeln 2014 eine ukrainische Marinebasis auf der Krim ab.

Der Euromaidan

Versuche den Protest am Maidan-Platz gewaltsam aufzulösen, brachten in den folgenden Wochen im Winter 2013/14 mehr und mehr Menschen auf die Straßen. Die sogenannten Euromaidan-Proteste eskalierten, als Präsident Janukowytsch ein Gesetzespaket unterschrieb, mit dem das Demonstrationsrecht massiv eingeschränkt und die Euromaidan-Proteste kriminalisiert wurden.

Es kam zu Gewalt durch die Polizei und auch von Teilen der Protestbewegung. Über hundert Menschen wurden getötet, sowohl Protestierende wie Polizisten. Eine Einigung zwischen politischen Vertretern des Euromaidan und Janukowytsch Ende Februar fand keine Zustimmung bei großen Teilen des Euromaidan. Janukowytsch entschied sich – mit Hilfe Russlands – zur Flucht aus der Ukraine. Eine Übergangsregierung wurde eingesetzt und Neuwahlen des Präsidenten und des Parlaments angesetzt.

Fast zeitgleich besetzten auf der Krim russische, zunächst ohne Hoheitsabzeichen operierende Soldaten und pro-russische Milizen ukrainische Verwaltungsgebäude und blockierten Kasernen. In einem international nicht anerkannten „Referendum“ am 16. März stimmten angeblich 95 Prozent für einen Beitritt zur Russischen Föderation. Am 18. März 2014 unterzeichnete Putin die Erlasse zur „Aufnahme in die Russische Föderation“, also der Annexion der Halbinsel.

Krieg im Donbas

Es gab aber auch vereinzelt Proteste gegen den Euromaidan und die Übergangsregierung. Bei Zusammenstößen zwischen Pro- und Anti-Maidan-Gruppen starben auch Menschen, beispielsweise in Odessa am 2. Mai 2014. Dort kam 48 Menschen auf beiden Seiten ums Leben, der Großteil waren Anti-Maidan-Demonstranten.

Im Osten des Landes formierten sich schon kurz nach der Annexion der Krim 2014 bewaffnete „separatistische“ Einheiten. Sie besetzten Teile der Oblaste Donezk und Luhansk. Wie heute bekannt ist, war z.B. ein ehemaliger Offizier des russischen Militärgesamtdienstes GRU einer der Hauptorganisatoren des Aufstandes. Im April proklamierten die „Separatisten“ die Unabhängigkeit der „Volksrepublik Donezk“ und „Volksrepublik Lugansk“. Die ukrainische Regierung antwortete mit einer „Antiterroroperation“. In harten Kämpfen eroberten die ukrainische Armee und Freiwilligenverbände bis Sommer 2014 fast alle Gebiete zurück. Reguläre russische Kräfte griffen in die Kämpfe ein. Die Ukraine erlitt empfindliche Niederlagen. Bei Verhandlungen in der belarussischen Hauptstadt Minsk wurden 2014 und 2015 die sogenannten Minsker Vereinbarungen unterzeichnet. Der erste Waffenstillstand scheiterte. Ab Februar 2015 war die Frontlinie eingefroren. Die „Volksrepubliken“ waren de-facto von Moskau abhängig. Die Ukraine hatte Anfang 2015 rund sieben Prozent ihres Territoriums an Russland verloren. Über 10.000 Menschen verloren in den Kämpfen 2014/15 ihr Leben, mehrere Millionen wurden vertrieben. Die vollständige Umsetzung der Minsker Abkommen scheiterte an den unterschiedlichen Interpretationen der Konfliktparteien, auch wenn die russische Propaganda die alleinige Schuld bei der Ukraine sieht. Es kam bis 2022 zu regelmäßigen Verletzungen des Waffenstillstands.

Selenskyjs Versprechen

Die „Zwischenkriegszeit“ 2015–2022 war in der Ukraine von zwei Präsidenten bestimmt. Petro Poroschenko regierte ab Juni 2014. Seine Regierungszeit brachte keine Konfliktlösung mit sich. 2018 erklärte ein ukrainisches Gesetz Russland offiziell zu Besatzern im Donbas. Bei den Präsidentschaftswahlen 2019 gewann der politische Newcomer Wolodymyr Selenskyj. Er versprach Bekämpfung der Alltagskorruption, Modernisierung der Verwaltung und vor allem ein



Mitglieder der pro-russischen „Selbstverteidigungskräfte“ blockieren das Hauptquartier der ukrainischen Küstenwache in Simferopol Anfang März 2014.

Ende des Krieges im Donbas. Er signalisierte Dialogbereitschaft gegenüber Russland, ohne die Forderung nach Wiederherstellung der territorialen Integrität – einschließlich der Krim – aufzugeben. Das Misstrauen großer Teile der Bevölkerung gegenüber Zugeständnissen an Russland verhinderte aber, dass Selenskyj große Durchbrüche im Friedensprozess erreichen konnte.

11

Der Weg in den großen Krieg

Die globale Pandemie ab März 2020 erschwerte die Lage der Menschen im Donbas, aber auch die Versuche zur diplomatischen Konfliktlösung. Ab 2021 verschob sich die Konfliktodynamik weiter in Richtung militärischer Eskalation. Im Frühjahr wurde ein

Bildmaterial des russischen Verteidigungsministeriums zeigt einen Konvoi während des Angriffs auf Kyjiw am 7. März 2022.



Bild: Russia MOD/EYEPRESS/Shutterstock

Bild: Patrick Muzart/Shutterstock



Ein Kämpfer des „Sparta“-Bataillons der Separatisten im März 2015 am Gelände des zerstörten Flughafens von Donezk.

Aufmarsch von über 80.000 russischen Truppen entlang der ukrainischen Grenze und auf der Krim beobachtet. Nach Gesprächen zwischen US-Präsident Joe Biden und Russlands Wladimir Putin im Juni 2021 wurden zwar die Soldaten, aber nicht das Material abgezogen. Im Herbst 2021 kehrten die russischen Truppen im Rahmen der russisch-belarussischen Großübung „Zapad-21“ zurück und ihre Zahl nahm bis Februar 2022 weiter zu.

Putins Kriegsziele

12

Am 24. Februar 2022 begann der umfassende Angriffskrieg. Von Norden, Osten und Süden drangen russische Truppen in die Ukraine ein, Raketen- und Luftangriffe trafen zahlreiche Städte.

Russisches Panzerwrack in Butscha im April 2022. Das Graffiti wäre übersetzt eine Beleidigung des russischen Präsidenten.



Bild: DBrownPhotos/Shutterstock

In seiner Kriegserklärung legte Putin klare Ziele fest: die „Entnazifizierung“, also einen Regimewechsel in Kyjiw; eine Entmilitarisierung, also die Reduzierung der ukrainischen Streitkräfte und die sicherheitspolitische Neutralisierung der Ukraine durch Verzicht auf den NATO-Beitritt. Der Angriff erschütterte die europäische Sicherheitsordnung. Erste Verhandlungen über einen Waffenstillstand im Frühjahr 2022 scheiterten. Russlands eigentlich für wenige Tage geplante Offensive Richtung Kyjiw war im Mai 2022 misslungen. Die Hauptlast des Krieges verlagerte sich wieder in den Osten.

Im September 2022 verkündete Präsident Putin eine Teilmobilmachung, nachdem in den besetzten Teilen der Oblaste Saporischschja, Cherson, Donezk und Luhansk Scheinreferenden wie auf der Krim 2014 durchgeführt wurden. Auch sie wurden von Russland annektiert. Ab 2023 entwickelte sich der Krieg immer mehr zu einem Abnutzungskampf. Der technologische Wettlauf, insbesondere in der Luft durch Drohnen, führte dazu, dass keine der beiden Seiten maßgebliche Geländegewinne erreichen konnte. Russland hält Anfang 2026 etwa ein Fünftel der Ukraine besetzt, ein Drittel davon entfällt aber auf die schon vor Februar 2022 besetzte Krim und die beiden ehemaligen „Volksrepubliken“. Seine Kriegsziele hat Putin damit bisher nicht erreicht.

Krisenmanagement der OSZE

Das Internationale Krisen- und Konfliktmanagement in der Ukraine war ab 2014 vor allem darauf ausgerichtet, eine weitere Eskalation zu vermeiden. Dabei setzten sich europäische Staats- und Regierungschefs bereits am Euromaidan als Vermittler ein. Die ukrainische Übergangsregierung ersuchte zudem im März 2014 die OSZE, eine Sonderbeobachtermission (SMM) zu entsenden und dadurch ein möglichst genaues und objektives Lagebild aus der ganzen Ukraine zu vermitteln. Obwohl das auch die Krim umfasste, wurden die OSZE-Beobachter nie auf die von Russland kontrollierte Halbinsel gelassen.

Die SMM Ukraine war ein zentrales Instrument des Krisenmanagements bis 2022. Sie begann mit etwa hundert zivilen Beobachterinnen und Beobachtern und wurde sukzessive ausgebaut. Ab 2015 wurde vor allem die Einhaltung des Waffenstillstands im Donbas beobachtet. Die Mission trug mit täglichen Lageberichten, der Dokumentation von Waffenstillstandsverletzungen und Vermittlung lokaler Entflechtungsmaßnahmen

zu einer gewissen Transparenz und Konfliktbegrenzung bei, auch wenn sie keine politische Lösung ersetzen konnte. Die SMM musste ihre Tätigkeit nach Russlands Angriff 2022 einstellen. Ihr Mandat wurde wegen des russischen Vetos in der OSZE nicht mehr verlängert. Neue Formate zur Unterstützung rückten dann in den Vordergrund.

Europäisches Engagement

Neben der OSZE SMM engagierte sich die Europäische Union mit spezifischen Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Die 2014 gestartete EU Advisory Mission Ukraine (EUAM) ist eine zivile GSVP-Mission, die die Reform des zivilen Sicherheitssektors – etwa Polizei, Staatsanwaltschaft und Justiz – durch strategische Beratung oder Trainingsprogramme unterstützt. Ziel ist es, staatliche Institutionen effektiver, transparenter und rechtsstaatlich zu machen und so langfristig zur Resilienz der Ukraine beizutragen. Nach dem russischen Angriff 2022 wurde das Mandat der EUAM um die Unterstützung bei den Ermittlungen und der strafrechtlichen Verfolgung von Kriegsverbrechen erweitert.

2014 und 2015 wurden von der EU-Kommission erste Sanktionen gegen russische Unternehmen, Personen und bestimmte Wirtschaftssektoren verhängt. Die Aufhebung der Sanktionen war an eine Umsetzung der Minsker Abkommen geknüpft. Nach Russlands Angriff 2022 wurden 19 weitere und umfassendere Sanktionspakete bis Ende 2025 beschlossen.

Die EU stellte zudem umfangreiche finanzielle Unterstützung bereit, lieferte humanitäre Hilfsgüter und auch Waffen und Munition. Auch die USA unterstützten die Ukraine mit Waffenlieferungen und Finanzhilfen bis zum Amtsantritt von Präsident Trump 2025. Seither versucht die EU diesen Ausfall zu kompensieren.

Seit November 2022 unterstützt die European Union Military Assistance Mission Ukraine (EUMAM Ukraine) die Ausbildung ukrainischer Streitkräfte durch Trainings in mehreren EU-Staaten. Ziel ist es, die Verteidigungsfähigkeit der Ukraine nachhaltig zu stärken. Über 86.000 Soldaten wurden bis Anfang 2026 ausgebildet. Österreich ist als militärisch neutraler Staat nicht an der EUMAM beteiligt.

Im Juni 2022 beschloss der Europäische Rat, der Ukraine nach ihrem Beitrittsansuchen zudem den Status eines Beitrittskandidaten zu verleihen. Trotz des Krieges setzt die Ukraine von der EU geforderte Reformen schnell um, so dass bereits im Dezember 2023 die Beitrittsverhandlungen aufgenommen wurden.



Angela Merkel, Wladimir Putin, Petro Poroschenko und Francois Hollande beim Treffen im Normandie-Format am 2. Oktober 2015.

Aktuelle Lage:

Friedensverhandlungen und Ausblick

13

Aktuell ist der Ukrainekrieg durch eine Mischung aus militärischer Pattsituation, umfangreicher Zerstörung ukrainischer Infrastruktur und ziviler Einrichtungen sowie einer Anpassung beider Seiten an den Abnutzungskrieg mit hohen Opferzahlen gekennzeichnet. Die Schätzungen der gefallenen Soldaten auf beiden Seiten gehen in die Hunderttausende. Laut Zahlen der UN wurden über 15.000 Zivilisten seit 2022 getötet, wobei selbst die UN

Ein russischer Soldat steuert aus einem Schützenloch eine Drohne. Die konstante Bedrohung aus der Luft verhindert große Offensiven.



Bild: Melnikov Dmitriy/Shutterstock



Bild: Nina Liaschonok/Ukrinform/Shutterstock

Eine ältere Frau besucht einen Straßenmarkt in der ukrainischen Frontstadt Cherson im November 2025. Die Straße wurde mit Netzen vor russischen Drohnenangriffen geschützt.

14

deutlich höhere Zahlen vermutet. Die Ukraine setzt auf westliche Unterstützung und Stärkung ihrer Verteidigungskapazitäten, während Russland versucht, durch Angriffe auf den Energiesektor, zivile Infrastruktur und im Informationsbereich den Widerstandswillen der ukrainischen Bevölkerung zu brechen. Gleichzeitig versucht Moskau, die Unterstützung für Kyjiw mit diplomatischen, wirtschafts- und energiepolitischen Methoden sowie Desinformationskampagnen zu untergraben. Trotz der großen Einigkeit in der EU seit Angriffsbeginn zeigen sich immer deutlichere Risse innerhalb der europäischen Unterstützung für die Ukraine.

Ein Waffenstillstand in der Ukraine scheitert gegenwärtig nicht am fehlenden Willen aus Kyjiw, sondern an der politischen Entscheidung in Moskau, dass in der Ukraine die Zukunft der

europäischen Sicherheitsordnung entschieden werden soll. Russland will nicht nur einen Regierungswechsel in Kyjiw und einen NATO-Beitritt verhindern, sondern am Ende eine zugesicherte Einflusszone in seinem direkten Umfeld. Ein Ende der Kämpfe könnte ohne eine Einigung in dieser Frage einerseits wohl erst erreicht werden, wenn Russlands Präsident Putin seine eigene Macht durch zu hohe wirtschaftliche und gesellschaftliche Kosten gefährdet sieht. Andererseits schwächt die zuletzt abnehmende Unterstützung durch die USA und auch einzelne EU-Staaten die Verteidigungsfähigkeit der Ukraine, was in Kombination mit den steigenden Verlusten im Abnutzungskrieg zu einer zunehmenden Kriegsmüdigkeit führt.

Vor allem Putin spielt daher auf Zeit, denn militärisch kann er seine Ziele nur schwer vollständig erreichen. ■

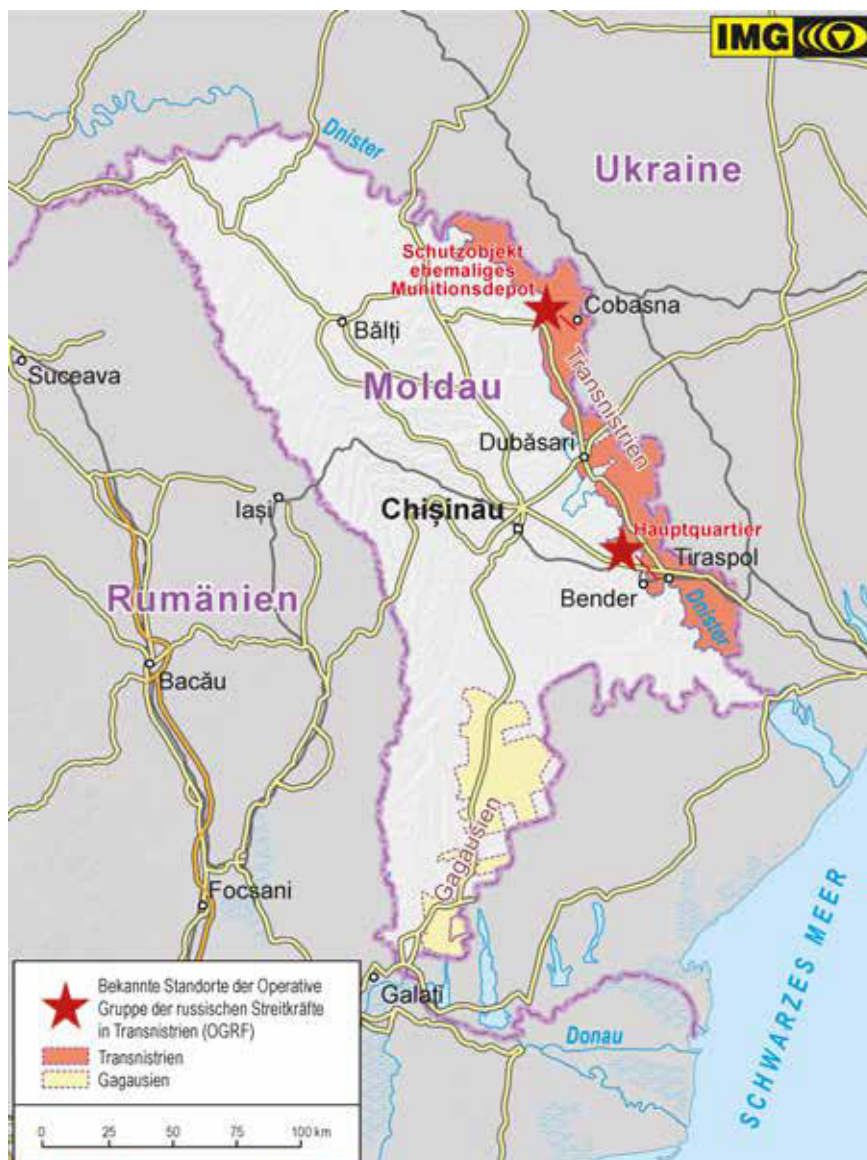
**Ausgebaute ukrainische Stellungen in der Region Luhansk im Oktober 2016.
Die geknickten Bäume zeugen von einem kürzlichen Beschuss.**



Bild: BOJAR IRYNA/Shutterstock

Transnistrien: Sezessionskonflikt in Moldau

Seit 1992 gibt es keine Lösung für den Konflikt zwischen Moldau und Transnistrien, wo bis heute rund 1.500 russische Soldaten stationiert sind.



Seit dem Krieg in der Ukraine ist Transnistrien wieder verstärkt in den Fokus der europäischen Wahrnehmung geraten. Zum Ursprung des Sezessionskonflikts zwischen der nicht anerkannten, separatistischen „Pridnestrowischen Moldauischen Republik“ (PMR) und der Republik Moldau gibt es verschiedene Erklärungsansätze. Während einige einen zwischenstaatlichen Konflikt zwischen Russland und der Republik Moldau sehen, erkennen andere einen ethnischen Konflikt.

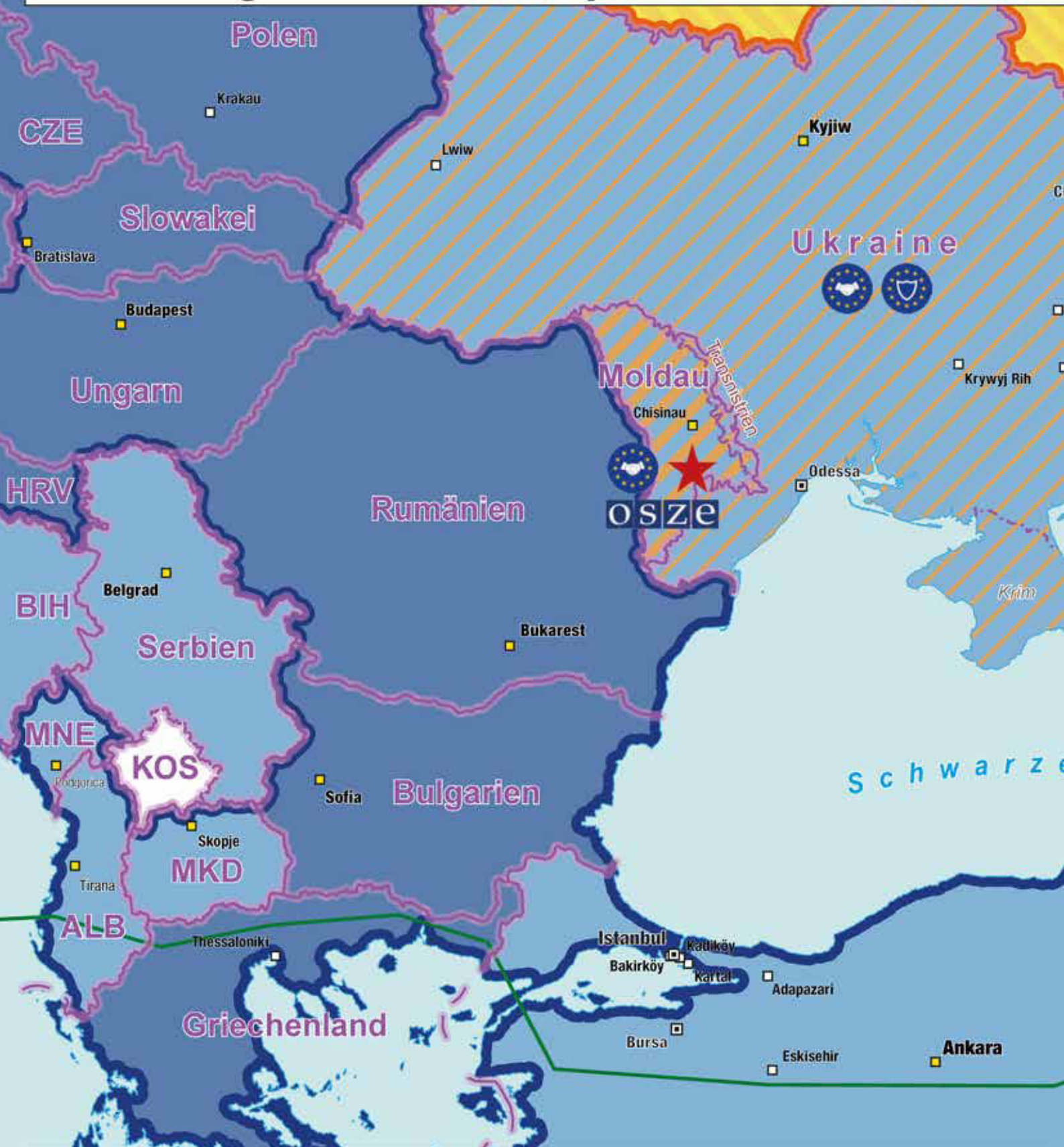
15

Ursachen des Bürgerkriegs 1992

Als die Sowjetunion sich auflöste, entstand auch in der Moldauischen Sozialistischen Sowjetrepublik eine eigene Nationalbewegung. Der große russischsprachige Bevölkerungsteil am linken Ufer des Dniester fürchtete eine sprachliche und kulturelle Benachteiligung und einen Anschluss der unabhängigen Republik Moldau an Rumänien. Tatsächlich aber war die Angst vor einer „Rumänisierung“ Transnistriens weitgehend unbegründet.

Fortsetzung auf Seite 18 ►

Konfliktregionen in Osteuropa und im Südkausasus



Bündnisse

Europäische Union	
EU-Beitrittskandidaten	
GUS	
NATO	
OVKS	
OVKS-Austrittsprozess begonnen	
GUS-Austrittsprozess begonnen	
von GUS ausgetreten	
Schanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ)	

Pipelines (Auswahl)

Gas-Pipeline	
geplante Gas-Pipeline	
Öl-Pipeline	
geplante Öl-Pipeline	
Ölterminal	

Militär

Russische Militärpräsenz	
--------------------------	--

Missionen

GSVP Beratungsmission	
GSVP-Mission (militärisch)	
EU-Sonderbeauftragter	
GSVP-Beobachtungsmission	
OSZE-Mission	



► Fortsetzung von Seite 15

Zwar wurde nur Moldauisch unter Verwendung der lateinischen Schrift offiziell zur Amtssprache, andere Sprachen – also vor allem Russisch, Ukrainisch und Bulgarisch – sollten aber weiterhin im täglichen Leben verwendet werden. Dagegen wurde die russische Sprache in Transnistrien zur de-facto-Amtssprache, obwohl die Gleichberechtigung der verschiedenen Sprachen ein Kernversprechen des Separatismus war. Weitere Einflussfaktoren waren die wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen der Eliten auf beiden Seiten, die während des Zerfalls der UdSSR die Spaltungen in der Bevölkerung ausnutzten, um ihre Ziele zu verfolgen. Es herrschte Uneinigkeit darüber, wie das ehemals sowjetische Eigentum aufgeteilt werden sollte. Dabei standen auf der Seite Transnistriens die alten Fabrikdirektoren und auf Seiten Moldaus eine neue Elite aus dem Agrarindusbereich.

Bereits 1990 kam es im transnistrischen Dubăsari bei Protesten gegen die nationalistische Politik Chişinău zu Zusammenstößen mit der moldauischen Polizei mit drei Toten. Transnistrien



Bild: Jono Photography/Shutterstock

Ein Panzerdenkmal mit dem Gebäude der transnistrischen „Regierung“ im Hintergrund in Tiraspol, der „Hauptstadt“ Transnistriens.

erklärte sich damals schon von der Moldauischen Sowjetrepublik für unabhängig. Die Spannungen schwelten danach vor sich hin. 1991 erklärten sowohl die Republik Moldau als auch Transnistrien ihre Unabhängigkeit von der UdSSR. Zwischen März und Juni 1992 kam es schließlich zu einem kurzen Bürgerkrieg. Das Eingreifen Russlands bei den entscheidenden Kämpfen in der Stadt Bender auf Seiten der transnistrischen Separatisten führte zur Abspaltung und de-facto zur Unabhängigkeit Transnistriens von Moldau.

Internationale Friedensbemühungen

Die internationalen Friedensbemühungen nahmen ihren Anfang mit dem Waffenstillstandsabkommen vom 21. Juli 1992 zwischen Moldau und Russland. Das Abkommen ging aber über einen einfachen Waffenstillstand hinaus und legte auch dar, wie man zu einem langfristigen Frieden kommen wollte. Zentrale Punkte blieben

Soldaten der Operativen Gruppe der Streitkräfte Russlands in Transnistrien marschieren durch Tiraspol anlässlich der Parade zum „Tag des Sieges“ am 9. Mai 2017.



Bild: annva/Shutterstock

Bild: Iurie Foca/ OSZE



Die OSZE-Mission ermöglichte das erste 1+1-Treffen seit über einem Jahr zwischen den Verhandlungsführern Moldaus und Transnistriens in Tiraspol am 26.2.2026.

bzw. bleiben wegen der verweigernden Haltung Russlands und Transnistriens allerdings ungeklärt. So gibt es keine nennenswerten Fortschritte zum politischen Status Transnistriens, zu den russischen Truppen auf moldauischem bzw. transnistrischem Gebiet, zu den Verstößen gegen die Sicherheitszone und Hindernissen für den Verkehr von Menschen und Gütern.

Die moldauische Regierung möchte eine Wiedervereinigung mit Transnistrien erreichen. Es soll dabei auch Sonderrechte bekommen, die die besonderen Gegebenheiten (verschiedene Ethnien und Sprachen) Transnistriens beachten. Zudem fordert Chişinău den kompletten Rückzug des russischen Militärs, eine Entmilitarisierung der Region und die Demokratisierung Transnistriens.

Die transnistrische Seite möchte eine weitgehende Unabhängigkeit und Autarkie von Moldau, und am aktuell dominierenden Status des Russischen als de-facto-Amtssprache nichts verändern. Unterstützt wird das transnistrische Regime von Russland, gleichzeitig hat Moskau aber auch offiziell die Rolle eines Mediators im Konflikt. Russland hat noch immer die zirka 1.500 Soldaten umfassende Operational Group of Russian Forces (OGRF) in Transnistrien stationiert. Ein Teil der OGRF stellt ein Drittel der „Friedenstruppe“ entlang der Sicherheitszone zur Republik Moldau, die anderen zwei Drittel stellen Transnistrien und Moldau, sowie zehn Beobachter aus der Ukraine.

Die politischen Entscheidungen Transnistriens werden stark von der

dortigen wirtschaftlichen und politischen Elite beeinflusst. Wer welche Interessen verfolgt, ist mitunter wechselhaft. Die Wirtschaftselite scheint aber eine Reintegration in die Republik Moldau immer mehr zu bevorzugen, was auf Widerstand in den moskautreuen Sicherheitskreisen Transnistriens stößt.

Die Rolle der OSZE

Die Verhandlungen werden heute in zwei Formaten geführt. Einmal zwischen Moldau und Transnistrien direkt, dem sogenannten „1+1 Format“ und seit 2005 dem

„5+2 Format“, mit der OSZE, Ukraine und Russland als Vermittler und den USA und EU als Beobachter. Das „5+2 Format“ ist aber seit dem Krieg gegen die Ukraine blockiert.

Die OSZE-Friedensbemühungen zielen darauf ab, Vertrauen zwischen den Akteuren aufzubauen. Beobachter kritisieren aber, dass sie nicht konsequent genug seien und Moldau unverhältnismäßig viele Zugeständnisse abverlangt werden, während Transnistrien für konstantes Nichteinhalten von Abmachungen nicht zur Rechenschaft gezogen würde. Auch wenn die Kritik teilweise berechtigt ist, übersieht sie, dass Russland konsequentere OSZE-Vorgehensweisen einfach blockieren könnte, da es als OSZE-Mitglied jeder Mission zustimmen muss. Dazu kommt, dass die EU und die USA dem Transnistrien-Konflikt in den Jahren vor 2022 keine große Priorität eingeräumt hatten und stattdessen das transnistrische Regime teilweise stabilisiert haben (z.B. durch das EU-Moldau-Freihandelsabkommen).

19

Bei der Militärparade zum 30. Jahrestag der „Unabhängigkeit“ Transnistriens wurden 2020 die selbstproduzierten Mehrfachraketenwerfer „Pribor-1“ gezeigt.



Bild: s. oleg/Shutterstock



Bild: PhotoPress/ZUMA Press Wire/Shutterstock

Soldaten der „Friedenstruppen“ der Operativen Gruppe der russischen Streitkräfte bei Übungen in Transnistrien.

war die Gasversorgung Transnistriens auch Anfang 2026 nur teilweise wiederhergestellt. Lediglich begrenzte Lieferungen sorgen für eine Grundversorgung der Bevölkerung. Die anhaltende Energiekrise bringt die transnistrische Wirtschaft aber an den Rand des Kollapses. Auch die moldauische Regierung verschärfte den wirtschaftlichen Druck. Bereits seit 2022 ist die Grenze zur Ukraine de-facto geschlossen. Damit ist Transnistrien quasi vollständig isoliert. Schon seit 2014 fand kein offizieller Austausch von russischen Truppen mehr statt. Chişinău will vor allem durch nicht-militärischen Druck den seit 2002 vereinbarten Abzug der OGRF erreichen. Danach könnte ein Reintegrationsprozess Transnistriens starten, so der Plan Chişinăus. Eine Wiedervereinigung wird aber wahrscheinlich für Transnistrien wie auch für Moldau eine hohe wirtschaftliche Belastung mit sich bringen.

Transnistrien als Russlands Druckmittel

20

Russland drohte wiederholt mit einer Eskalation des Konflikts, sollte die Republik Moldau in das westliche Sicherheitssystem integriert werden oder falls ein ernsthafter Versuch unternommen werden sollte, die russischen Truppen aus Transnistrien zu vertreiben. Der schon 2002 von Russland mit Moldau vereinbarte Abzug der Truppen ist nämlich bis heute nicht erfolgt. Die Unwilligkeit Moskaus den Konflikt zu lösen ist auch daran zu erkennen, dass man sich seit Dezember 2022 weigert, das Mandat der OSZE-Mission wie zuvor um ein Jahr zu verlängern und stattdessen nur noch Verlängerungen um sechs Monate zustimmt. Dieser Umstand beeinträchtigt die langfristige Planbarkeit diverser Projekte im Rahmen der Mission erheblich.

Lieferungen gibt es zwei Gründe: von ukrainischer Seite wurde der Transitvertrag mit Gazprom nicht verlängert, von Russland wurde angegeben, dass die Lieferungen aufgrund eines Streits mit der moldauischen Regierung eingestellt wurden. Moskau lieferte zwar das Gas nach Transnistrien, bezahlen musste aber Chişinău, das im Gegenzug billigen Strom aus Transnistrien erhielt. Trotz einiger Versuche, die Situation zu entschärfen,

Zugleich besteht weiterhin die geringe Gefahr, dass von Moskau eine Eskalation des Konfliktes herbeigeführt wird, bevor man den Einfluss vollkommen verliert. Sollte die Isolation Transnistriens von ukrainischer Seite (z.B. nach einem Waffenstillstand mit Russland) wieder enden, würde dies eine Reintegration auf absehbare Zeit wohl erschweren. ■

Aktuelle Lage und Ausblick

Anfang 2025 kam es in Transnistrien zu einer wirtschaftlichen Notlage, nachdem die Gaslieferungen aus Russland am 1. Jänner endeten. Für das Ende der

Militärparade in Tiraspol anlässlich des Tages des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg am 9. Mai 2014.



Bild: Doibani/Shutterstock



Georgiens Konflikte mit Abchasien und Südossetien

Demokratieabbau und jahrelange Annäherung an Russland – ist so eine Lösung des Konflikts zwischen Georgien und Russlands „Schützlingen“ möglich?

21





Bild: Al.geba/Shutterstock

Das verfallene und verlassene Gebäude des Ministerrats mit abchasischer Flagge auf dem Freiheitsplatz in Sochumi.

Geschichte der Konflikte

Die Ursachen des Konflikts zwischen Georgien auf der einen und den beiden abtrünnigen Regionen Abchasien und Südossetien sowie Russland auf der anderen Seite sind vielschichtig. Mit dem Zerfall der Sowjetunion strebten die Südosseten eine Abspaltung von Georgien und eine Vereinigung mit der russischen Teilrepublik Alanien-Nordossetien an. Im Unterschied dazu beschränkten sich die abchasischen Ziele zuerst noch auf einen stark ausgeprägten Autonomiestatus innerhalb Georgiens. Nach den kriegesischen Auseinandersetzungen 1992-93 mit der georgischen Armee erklärte Abchasien aber seine Unabhängigkeit.

Die Niederlage in den Kriegen mit Abchasien und Südossetien hatte schwere Folgen für Georgien. Tiflis verlor die Kontrolle über 20% seines Territoriums. Der Waffenstillstandsvertrag mit Südossetien etablierte zudem eine gemeinsame Friedenstruppe mit Georgien, welche aber zum Großteil aus russischen und süd-ossetischen Soldaten bestand. Die OSZE unterstützte mit einer

Russische Panzerbesatzung während einer Kampfpause in der Nähe der südossetischen „Hauptstadt“ Zchinwali im August 2008.



Bild: BORISENKOFF/Shutterstock

eigenen kleinen Beobachter- und Vermittlungsmission den Waffenstillstand. In Abchasien waren nur russische „Peacekeeper“ eingesetzt. Eine zusätzliche UN-Mission brachte 100 unbewaffnete internationale Beobachter in das Krisengebiet.

Die verschiedenen schweren Auswirkungen der Kriege können mit der innenpolitischen Situation Russlands erklärt werden. Während Boris Jelzin hauptsächlich daran interessiert war, einen größeren Konflikt im Kaukasus zu verhindern, verfolgten verschiedene (ehemalige) russische Offiziere und einflussreiche Politiker eigene Ziele, was sich insbesondere in Abchasien zeigte. Jelzin konnte nur einen schnellen Waffenstillstand für Südossetien Anfang 1992 erreichen. In Abchasien dauerten die Kämpfe aber bis 1993 an. Mit den Waffenstillstandsabkommen erreichte Russland nicht nur eine dauerhafte Präsenz von eigenen Truppen in den beiden abtrünnigen Gebieten, sondern auch eine Verlängerung der Stationierungsabkommen für seine Militärbasen auf georgischem Gebiet.

Nach dem ersten Abchasienkrieg bemühte sich Russland nicht um eine langfristige Konfliktlösung. Seit Wladimir Putins Amtsantritt 1999 verfolgte Moskau dann eine eindeutig pro-abchasische Linie. Offensichtlich wurde die veränderte Haltung Russlands, als es 2002 begann, russische Pässe an Abchasier zu verteilen. Durch Russlands Austritt aus dem „Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa“ (KSE-Vertrag) 2008 konnte Russland vor dem Krieg mit Georgien auch an der Grenze deutlich aufrüsten.

Der russisch-georgische Krieg 2008

Unter dem seit der Rosenrevolution 2003 amtierenden georgischen Präsidenten Micheil Saakaschwili verschlechterte sich die Situation zusehends. Dies war einerseits durch Putins destruktive Haltung im Konflikt und andererseits durch Saakaschwilis wechselhafte Politik zwischen Entspannung und Verschärfung begründet. Georgien näherte sich zugleich immer weiter dem Westen an.

Bereits in den Jahren vor dem Ausbruch des russisch-georgischen Krieges 2008 kam es immer wieder zu kleineren und größeren bewaffneten Zwischenfällen mit den Truppen der abtrünnigen Regionen. Die zunehmenden Spannungen mündeten am 7. August 2008 in einem georgischen Angriff auf Zchinwali, dem Machtzentrum Südossetiens. Die Kämpfe stoppten, nachdem der damalige EU-Ratspräsident und französische Präsident Nicolas Sarkozy in Moskau einen für Russland sehr positiven Waffenstillstand, den „Sechs-Punkte-Plan“, aushandelte. Georgien setzte alle Punkte um. Russland verstößt bis heute gegen den vereinbarten Gewaltverzicht. Es sabotierte durch die Anerkennung Abchasiens und Südossetiens als unabhängige Staaten und

seine Blockadehaltung eine diplomatische Konfliktlösung. Abchasien und Südossetien blockieren bis dato die Lieferung von Hilfsgütern aus Georgien. Zusätzlich wird der EU-Beobachtermission entgegen des Sechspunkte-Plans der Zugang zu Südossetien und Abchasien verwehrt.



Bild: EUMM Georgia

Internationales Krisen- und Konfliktmanagement

Die EUMM hält regelmäßigen Kontakt mit der lokalen Bevölkerung entlang der administrativen Grenzlinien zu Abchasien und Südossetien.

Direkt nach dem Krieg 2008 wurden mit der „European Union Monitoring Mission“ (EUMM) eine Beobachtermission und mit den „Geneva International Discussions“ (GID) ein Dialogformat für die Konfliktparteien eingesetzt. An den GID sind Vertreter Georgiens, Russlands, Abchasien, Südossetiens und den USA beteiligt. Den Vorsitz teilen sich die OSZE, UN und EU. Die Treffen der Gruppe finden viermal pro Jahr statt. Die Gespräche bleiben aber meist ergebnislos.

Die EUMM ist seit 1. Oktober 2008 als unbewaffnete Beobachtermission zwischen Georgien und den abtrünnigen Provinzen aktiv. Sie soll:

- ❶ die Lage stabilisieren und die Umsetzung des Sechspunkte-Plans überwachen,
- ❷ die Entwicklung des Normalisierungsprozesses in der Zivilgesellschaft beobachten,
- ❸ Vertrauen zwischen den Konfliktparteien aufbauen
- ❹ sowie die EU regelmäßig informieren.

Die Mission konnte eine Stabilisierung der Lage beobachten und Gesprächskanäle zwischen den Konfliktparteien etablieren. Damit konnten auch mehrfach Eskalationen vermieden werden. Die Vertrauensbildung dagegen hatte bisher sehr wenig Erfolg. Russland und die abtrünnigen Gebiete verschieben zudem regelmäßig die Demarkationslinie zu Georgien weiter auf georgisches Gebiet. Diese als „borderization“ bekannte Praxis sabotiert jegliche Friedensbemühungen.

Anfang 2010 veröffentlichte die georgische Regierung noch unter Saakaschwili eine Strategie zur Wiedervereinigung mit den „okkupierten Gebieten“ ohne Gewaltanwendung. Allerdings hat die seit 2012 amtierende Regierungspartei „Georgischer Traum“ (GD) des russlandfreundlichen Oligarchen Bidsina Iwanishwili diese pro-aktiven Bemühungen aufgegeben und nähert sich wieder Russland an, während demokratische Institutionen in Tiflis abgebaut werden.

Ausblick

Die Geschichte des Konflikts und die Entwicklung der letzten Jahre lassen nicht auf eine baldige Lösung hoffen. So brachten die Gespräche bei den GID in den letzten Jahren keinen nennenswerten Erfolg. Der Sechspunkte-Plan ist immer noch nicht umgesetzt. Weder Russland noch Abchasien und

Südossetien zeigen Bereitschaft, daran etwas zu ändern. Die „borderization“ findet weiterhin statt, was den geringen Willen zur Konfliktlösung unterstreicht.

Allerdings hängt die Entwicklung innerhalb Georgiens in gewissem Maße auch vom Ukrainekrieg ab. Siegt Russland, hätte es wieder genügend freie Ressourcen, um sich im Falle einer Gefährdung des Regimes von GD stark einzumischen und eventuell auch militärisch zu intervenieren. Für die Konflikte zwischen Georgien und Abchasien bzw. Südossetien würde ein Sieg Russlands in der Ukraine vermutlich keine bedeutenden Veränderungen der aktuellen Situationen mit sich bringen. Verliert Russland, fehlen möglicherweise Ressourcen, um die abtrünnigen Gebiete weiter finanziell und militärisch zu unterstützen. Beide sind aber auf Russlands Unterstützung angewiesen. Falls diese zusammenbricht, könnte es zu einer Annäherung an Georgien kommen. Entscheidend ist dann die Haltung der georgischen Regierung. ■

23

Mitarbeiter des Roten Kreuzes verteilen am 8.9.2008 Lebensmittel in einem Flüchtlingslager in Gori, Georgien.



Bild: kojoku/Shutterstock

CHRISTOPH BILBAN

Armenien- Aserbaidshan: dem Frieden näher denn je



24

Der Bergkarabach-Konflikt endete 2023.
Noch offen ist ein Friedensvertrag
zwischen den beiden Südkaukasus-Republiken.

Der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidshan kann wohl als der langwierigste der Konflikte in Russlands Umfeld gesehen werden. Die Ursprünge reichen je nach Lesart und Konfliktakteur mehrere Jahrhunderte zurück.

Nachwirkungen der sowjetischen Nationalitätenpolitik

Eine Ursache dieses ethnischen Konfliktes liegt in den willkürlichen Grenzziehungen unter Stalin. Das mehrheitlich von Armeniern bewohnte „Autonome Gebiet Bergkarabach“ wurde nicht Teil der Armenischen Sozialistischen

Sowjetrepublik (SSR), sondern blieb unter Kontrolle der Aserbaidshanischen SSR. In den späten 1980er-Jahren nahmen die Spannungen zwischen Armeniern und Aserbaidshanern im Südkaukasus zu. In Bergkarabach forderte man die Vereinigung mit Armenien. Es kam zu Gewaltexzessen auf beiden Seiten, Vertreibungen und Zwangsumsiedlungen von hunderttausenden Menschen. Der Zerfall der UdSSR befeuerte die Gewalt.

Der erste Karabach-Krieg

Ab 1991 führten schließlich Aserbaidshan und Armenien den ersten Krieg um Bergkarabach weiter. Russische bzw. ehemals sowjetische Truppen unterstützten dabei teils die

Aserbaidshanische Kämpfer während des ersten Karabachkrieges 1992. Sowohl die armenischen als auch die aserbaidshanischen Streitkräfte erbten Waffen, militärisches Gerät und Munitionsbestände der Sowjetarmee.





25

armenische Seite. Der Krieg endete im Mai 1994 mit einem durch die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE, später OSZE) vermittelten

Waffenstillstand. Armenien kontrollierte fast ganz Bergkarabach und eine „Sicherheitszone“ aus sieben angrenzenden aserbaidischen Distrikten – zusammen etwa 20% des aserbaidischen Staatsgebietes. Der Krieg führte zur endgültigen Vertreibung von Armeniern bzw. Aserbaidischern aus den betroffenen und teils ehemals gemeinsam bewohnten Gebieten.

Die Versuche in den 1990er und frühen 2000er-Jahren eine diplomatische Lösung zu finden, scheiterten unter anderem an der Statusfrage Bergkarabachs und einer Blockadehaltung der Regierung Armeniens. Eriwan sah sich militärisch überlegen. In Aserbaidischland war man aber ebenso kaum zu Zugeständnissen bereit. Spaltende Narrative wurden auf beiden Seiten gefördert. Autoritäre Herrschaftsweisen und Korruption standen

im Widerspruch zu den Ideen einer liberalen Konfliktlösung.

Rüstungswettlauf im Kaukasus

Mit dem Anstieg der Öl- und Gaspreise im neuen Jahrtausend überholte Aserbaidischland Armenien bei den Rüstungsausgaben. Es reformierte seine Streitkräfte mit Hilfe der Türkei sowie modernen Waffensystemen aus Israel und Russland. Armenien hatte zwar deutlich weniger Mittel für Rüstungsgüter zur Verfügung, konnte aber auf vergünstigte Waffenimporte aus Russland zählen. Eriwan und Baku waren in einem konstanten Rüstungswettlauf und zählen auch heute noch zu den am stärksten militarierten Ländern der Welt.



Bild: Wikimedia

Zunehmende Spannungen

Ab 2008 häuften sich die Waffenstillstandsverletzungen in Bergkarabach merklich. Der aserbaidsschanische Präsident Ilham Alijew betonte, dass es neben einer diplomatischen auch immer die militärische Option zur Lösung des Karabach-Konfliktes gäbe. Im April 2016 kam es zur ersten größeren Eskalation seit 1994. Im „Vier-Tage-Krieg“ starben in Summe rund 200 Soldaten und 25 Zivilisten auf beiden Seiten. Aserbaidsschan konnte nur kleinere Geländegewinne erzielen. Russland vermittelte damals einen Waffenstillstand.

Nach 2016 sollte sich die Situation nicht mehr wirklich entspannen. Die „Samtene Revolution“ im Jahr 2018 brachte einen Machtwechsel in Armenien: die dominierende Politikerclique aus Bergkarabach wurde abgewählt. Der neue Premierminister Nikol Paschinjan weckte Hoffnungen für neue diplomatische Lösungsversuche der Karabach-Frage. Er kämpfte aber mit dem Widerstand der Hardliner. Ab Mitte 2019 wurde erkennbar, dass auch Paschinjan hinsichtlich des Status von Bergkarabach doch nicht kompromissbereit war.

Der „Vier-Tage-Krieg“ zwischen Armenien und Aserbaidsschan im April 2016 zeigte deutliche Schwächen der armenischen Seite auf, wie zum Beispiel fehlende Luftverteidigung gegen Drohnen.



Die zivile EU-Mission in Armenien beobachtet die Sicherheitslage entlang der gesamten armenisch-aserbaidsschanischen Grenze.

Juni 2020: Vorspiel zum Krieg

Im Juni 2020 stießen armenische und aserbaidsschanische Kräfte an der internationalen Grenze in der Region Tawusch zusammen. Die Kämpfe dauerten nur wenige Tage. Dabei wurde aber ein aserbaidsschanischer General getötet, dessen Tod zu nationalistischen Protesten führte. Der Stillstand im Friedensprozess und die scheinbar günstige geopolitische Lage (Corona-Pandemie, schwache OSZE) dürften Bakus Entscheidung für eine militärische Operation zur Rückeroberung Bergkarabachs beeinflusst haben. Nach

gemeinsamen Übungen im Sommer blieben Teile der türkischen Luftwaffe und einige Offiziere in Aserbaidsschan zurück. Die Türkei lieferte neue Drohnen an Baku. Die türkische Unterstützung sollte eine Schlüsselrolle im folgenden zweiten Karabach-Krieg spielen.

Der zweite Karabach-Krieg

Am 27. September 2020 griff Aserbaidsschan entlang der gesamten Kontaktlinie an. Die Kämpfe dauerten 44 Tage. Mehrere internationale Versuche einen Waffenstillstand auszuhandeln, scheiterten. Erst als Aserbaidsschan die kulturell wichtige Stadt Schuscha eingenommen hatte und kurz vor der regionalen Hauptstadt Stepanakert/Khankendi stand, konnte am 9. November 2020 vom russischen Präsidenten Putin ein Waffenstillstandsabkommen vermittelt werden. Armenien musste alle besetzten aserbaidsschanischen Distrikte zurückgeben. Bergkarabach schrumpfte auf die noch nicht von Aserbaidsschan eroberten Gebiete der ehemaligen Autonomen Oblast. Der Lachin-Korridor sollte die einzige Verbindung zwischen Armenien und Bergkarabach bleiben, während Armenien im Gegenzug Aserbaidsschan den Transit zur Exklave Nachitschewan erlauben sollte. Eine russische Friedenstruppe von zirka 2.000 Personen überwachte den Waffenstillstand.



Bild: Albert L. Khachatryan/Shutterstock



Bild: EUMA

Ein brüchiger Waffenstillstand

Der Waffenstillstand vom 9. November 2020 brachte keine nachhaltige Entspannung. Die Statusfrage war weiterhin ungeklärt und auch die Umsetzung der Korridore war ein regelmäßiger Streitpunkt. Aserbaidshan besetzte außerdem 2021 und 2022 mehrere hundert Quadratkilometer des Territoriums der Republik Armenien. Bei den Kämpfen entlang der internationalen Grenze wurden im September 2022 fast 300 Tote gemeldet. Eriwan wandte sich damals erfolglos an seinen Verbündeten Russland und die Organisation des

Vertrags über die Kollektive Sicherheit (OVKS) um Unterstützung. Weder Russland noch andere OVKS-Staaten kamen ihrer Beistandsverpflichtung nach. Eriwan bat daher die EU um Entsendung einer Beobachtermission. Ab Dezember 2022 begann Aserbaidshan durch die Blockade des Lachin-Korridors de-facto eine Belagerung von Bergkarabach. Im September 2023 drangen schließlich aserbaidshanische Truppen nach Bergkarabach vor und erzwangen in knapp zweitägigen Kämpfen die Kapitulation der Karabach-Armenier. 100.400 Bewohner flüchteten nach Armenien, nur wenige hundert blieben zurück. Der unmittelbare Konflikt um Bergkarabach war damit beendet. Aserbaidshan ging als eindeutiger militärischer Sieger hervor.

Am Weg zum Friedensvertrag

Der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidshan war aber damit nicht beendet. Die Verhandlungen über einen Friedensvertrag dauerten bis 2025, als der Text weitgehend fertiggestellt wurde. Für seine Unterschrift stellt Baku aber tiefgreifende Forderungen an Armenien, unter anderem eine Verfassungsänderung mit klarem Verzicht auf Bergkarabach. Es bleiben also einige ungewisse Punkte bestehen. Bei einem Treffen zwischen Alijew, Paschinjan und US-Präsident Trump im August 2025 wurde zumindest die strittige Frage des Korridors zwischen Aserbaidshan und dessen Exklave Nachitschewan gelöst. Mit Unterstützung der USA wird Armenien einen Transportkorridor entlang seiner Südgrenze in der Provinz Syunik einrichten.

Das Satellitenbild zeigt ethnische Armenier, die über den von russischen Friedenstruppen und aserbaidshanischen Grenzsoldaten kontrollierten Kontrollpunkt Lachin am 26. September 2023 aus Karabach nach Armenien fliehen.



Bild: Maxar Technologies Handout/HANDOUT via ZUMA Press Wire/Shutterstock



Bild: Wikimedia

Russische Soldaten betreiben im Jahr 2020 einen temporären Checkpoint mit ihren zwei gepanzerten Transportfahrzeugen „Tiger“ nahe einem armenischen Kloster im Dorf Vəng im aserbaidshanischen Bezirk Kəlbəcər.

28

Aserbaidshan erlaubte im Gegenzug bereits den Transit von Waren durch sein Territorium nach Armenien.

mit US-Präsident Trump einer Auflösung der Minsk Gruppe zum 31. Dezember 2025 zu.

Internationales Krisen- und Konfliktmanagement

Der erste Karabach-Krieg ist ein Beispiel für die Fähigkeit der OSZE einen Waffenstillstand zu vermitteln. Im Rahmen der sogenannten Minsk Gruppe sollte aber nicht nur ein Waffenstillstand, sondern auch ein Friedensvertrag erreicht werden. Ein eigener Sondergesandter unterstützte den jeweiligen OSZE-Vorsitzenden und die Arbeit der Minsk Gruppe. Die OSZE „High Level Planning Group“ (HLPG) bereitete zudem den Einsatz einer internationalen Friedenstruppe vor. Österreich beteiligte sich hier regelmäßig und wäre ein Truppensteller geworden. Die Bemühungen der Minsk Gruppe brachten letztlich keine weitreichenden Erfolge. Nach dem zweiten Karabach-Krieg forderte Aserbaidshan schließlich die Auflösung aller OSZE-Strukturen im Zusammenhang mit dem Konflikt. Armenien stimmte beim Treffen

EU-Mission in Armenien



Zwischen 2021 und 2023 vermittelte EU-Ratspräsident Charles Michel mehrere Treffen zwischen Alijew und Paschinjan. Bei diesen Treffen wurden Grundlagen für die Friedensvertragsverhandlungen geschaffen. Im Frühjahr 2023 nahm die zivile Beobachtermission „European Mission in Armenia“ (EUMA) ihre Arbeit auf. Sie kann jedoch nur auf der armenischen Seite

der Grenze ihre Beobachtungstätigkeit durchführen, weil Aserbaidshan eine Zusammenarbeit ablehnt. Armenien sucht auch politisch die Nähe zur EU. Eriwan möchte EU-Mitglied werden, ein offizieller Antrag wurde aber noch nicht gestellt.

Russlands Rolle im Konflikt

Russland trat im armenisch-aserbaidshanischen Konflikt trotz seiner engen Beziehungen mit Eriwan immer wieder als Vermittler auf. Russland war im Unterschied zu Georgien, Moldau oder auch der Ukraine in diesem Konflikt selbst deutlich weniger direkt involviert. Moskau profitiert hier vor allem von der Instabilität und Unberechenbarkeit, die die Region für andere internationale Akteure weniger attraktiv macht. Die „Friedenstruppe“ in Bergkarabach nach 2020 war für Aserbaidshan kein Hindernis im Herbst 2023 erneut anzugreifen. Ihr Abzug erfolgte 2024.

Aktuelle Lage und Ausblick

Anfang 2026 stehen die Vorzeichen für einen Friedensvertrag zwischen Eriwan und Baku so gut wie nie zuvor. Die von Baku geforderte Änderung der armenischen Verfassung könnte sich aber noch schwierig gestalten. Dafür müsste wohl Paschinjan zuerst die armenischen Parlamentswahlen 2026 erneut gewinnen, und dann eine Mehrheit bei einem Verfassungsreferendum erreichen. Aserbaidshan setzt im Friedensprozess auf Stärke und baut auf die aktuell als vorteilhaft empfundene geopolitische Lage. Diverse Beobachter in Baku sagen offen, dass man ohne einen Friedensvertrag ebenso gut leben könne. Dennoch würde erst ein Friedensvertrag eine vollständige Normalisierung der bilateralen Beziehungen und in der Folge eine Versöhnung zwischen den Menschen ermöglichen. ■

CHRISTOPH BILBAN

Relevanz für Österreich



Die in diesem IFK Kontext dargestellten ungelösten Konflikte in Osteuropa und im Südkaukasus mögen teilweise fern erscheinen. Die ukrainischen Streitkräfte kämpfen aber nur etwa 1.600 km von Wien entfernt in der Ostukraine gegen die russischen Streitkräfte (zum Vergleich: die griechische Insel Kreta ist gleich weit weg). Die EU-Außengrenze zur Ukraine ist nur gute 420 km von Wien entfernt – Bregenz in Vorarlberg 500 km. Kriege und Konflikte wirken sich in einer vernetzten Welt auch schnell in Österreich aus. Inflation, Fluchtbewegungen, aber auch Lieferschwierigkeiten bei wichtigen Rohstoffen spürt man auch in Österreich. Als Teil Europas sind wir ebenfalls hybriden Bedrohungen ausgesetzt. Darüber hinaus sind viele österreichische Unternehmen in der Region vertreten und erwirtschaften dort einen Teil unseres Wohlstandes mit. Daher hat Österreich ein Interesse an einem sicheren und stabilen Umfeld.

Putins Außenpolitik ist ein Problem für Europa

Die Ukraine ist zwar der Schauplatz des russischen Angriffskrieges, Putin will aber zusätzlich eine neue Sicherheitsordnung mit exklusiven Einflusszonen erreichen. Die gemeinsame Nachbarschaft Europas und Russlands wird also weiterhin Konfliktpotenziale bergen. Es war Putin, der 2014 und seit 2022 militärische Mittel gegen die Ukraine einsetzte bzw. nach wie vor einsetzt, um seine Vorstellung von Sicherheit durchzusetzen. Völkerrechtliche Verfehlungen anderer Staaten sind dafür keine Rechtfertigung. Aus europäischer und österreichischer Perspektive gilt weiterhin das Gewaltverbot der UN-Charta. Eine mögliche NATO-Erweiterung rechtfertigt keinen Angriffskrieg. Die Entscheidung eines Landes nach demokratischen Standards zu leben, rechtfertigt keinen Angriffskrieg.

Unser Wohlstand
und Österreichs Sicherheit
hängen auch mit Geopolitik,
Kriegen und internationalen
Krisen zusammen.

Der Westen hat wohl auch, vor allem in den frühen 1990er-Jahren, Gelegenheiten verpasst, um Russland auf einen anderen politischen Weg zu bringen. Der von Putin eingeschlagene Weg führte aber in einen Angriffskrieg, zu dem er sich selbst entschieden hat. Dass die Ukraine für Putin kein Existenzrecht hat, wurde spätestens mit dem vollumfänglichen Angriff am 24. Februar 2022 klar. Russlands Versprechen, die Souveränität anderer Staaten zu achten (ob in internationalen Verträgen wie der Helsinki Schlussakte, der Charta von Paris oder in nationalen

29

Die russische "Doppelgänger"-Desinformationskampagne nutzte gefälschte Social-Media-Accounts und Webseiten von bekannten europäischen Medien – die dort verbreiteten Inhalte waren aber Falschmeldungen.

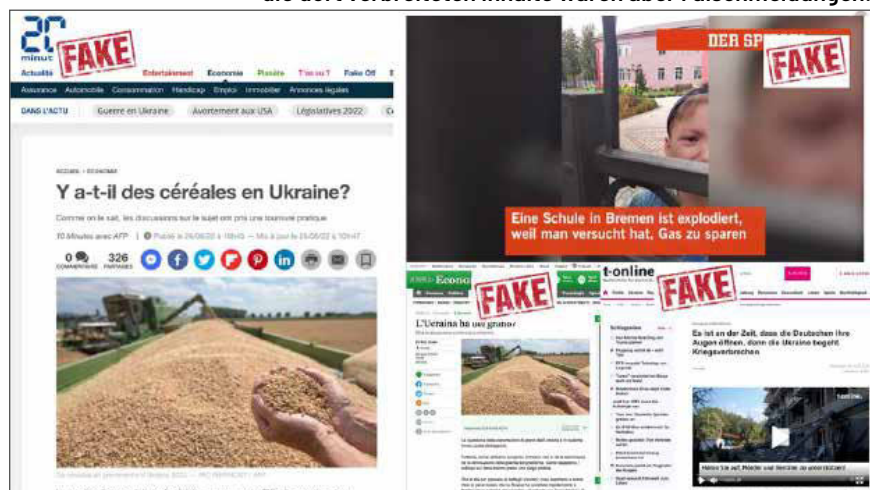


Bild: Mit freundlicher Genehmigung von EU DisInfoLab

Dokumenten wie der Konzeption der Außenpolitik) gelten in dem Fall nichts.

Aus militärischer Sicht darf sich Europa daher nicht auf russische Versprechen verlassen. Hybride Aktivitäten Russlands, ob Sabotage, Spionage, Einflussoperationen durch gefälschte Webseiten von großen Medien oder auch militärische Drohgebärden wie Luftraumverletzungen im Baltikum, finden bereits statt. Eine konventionelle Bedrohung auszuschließen, hieße dem Prinzip Hoffnung zu folgen. Mit Sicherheit kann derzeit niemand sagen, welche Schritte Russland künftig setzen wird. Wird Putin zufrieden sein, wenn er den NATO-Beitritt der Ukraine verhindert hat? Was kommt nach Putin? Die sicherheitspolitische Vorausschau kann daher nur von möglichen Szenarien ausgehen.

Österreichs

sicherheitspolitisches Interesse

Das Interesse an einer stabilen Nachbarschaft ist Kern der österreichischen Außen- und Sicherheitspolitik. Bereits in der Österreichischen Sicherheitsstrategie von 2013 bekannte sich die Republik zur „Stärkung des europäischen Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts und von partnerschaftlichen Beziehungen mit Ländern im sicherheitsrelevanten Umfeld der EU.“ Davon sind auch die hier beschriebenen Konfliktregionen umfasst. Die von der Bundesregierung 2024 vorgelegte, aber noch nicht vom Nationalrat beschlossene, neue Sicherheitsstrategie (ÖSS 2024) nennt Stabilität und Sicherheit in der Nachbarschaft der EU sowie die Förderung von Frieden und Sicherheit in der Welt als wesentliche nationale Interessen. Die Förderung von Moldau und Georgien auf ihrem europäischen Weg und die Unterstützung der Ukraine sind in der ÖSS 2024 konkret verankert.

Österreichische und internationale Munitionsexperten trainierten Fachpersonal der moldauischen Streitkräfte im Rahmen der OSZE.



Bild: Grigori Rata



Bild: Anelo/Shutterstock

Schwärme billiger Kamikaze-Drohnen wie z.B. der russischen „Geran-2“ (Variante der iranischen Shahed) würden auch für Österreich eine potenzielle Bedrohung darstellen.

Wirtschaft und Geopolitik

Die Konflikte in Osteuropa und im Südkaukasus wirken sich in Österreich vor allem über Sekundäreffekte aus. So bezog Österreich 2024 rund 60% des benötigten Rohöls aus Kasachstan. Das Öl gelangt über Pipelines des Caspian Pipeline Consortiums in die russische Hafenstadt Noworossiysk, wo es auf Tanker verladen und weiter nach Österreich geliefert wird. Sowohl die Pipeline wie auch die Verladeanlagen wurden im Zuge des russisch-ukrainischen Krieges bereits mehrfach bei ukrainischen Angriffen auf russische militärische Einrichtungen (z.B. die Hafenanlage der Schwarzmeerflotte in Noworossiysk) beschädigt. Lange Ausfälle gab es bisher aber nicht. Der einzige Umweg außerhalb Russlands wäre durch den Südkaukasus – mit den Konflikten in Georgien und zwischen Armenien und Aserbaidschan. Apropos Aserbaidschan: seit 2026 bezieht Österreich auch Gas von dort. Die Pipelines aus dem Kaspischen Meer verlaufen durch Georgien Richtung Europa, teils sehr knapp entlang der administrativen Grenzlinie zu Südossetien. Auch hier würde eine Eskalation dieses Konfliktes potenziell unsere Energiesicherheit beeinträchtigen.

Abgesehen vom Energiesektor sind österreichische Firmen in einigen Ländern Osteuropas sehr stark vertreten. Die Geschichte der blockierten Milliarden der russischen Tochter der Raiffeisenbank International ist hier nur ein Beispiel. Menschenrechte und Demokratie reduzieren auch politische Risiken für Unternehmen. In Belarus geriet 2020 nach den Massenprotesten ein Tochterunternehmen des österreichischen A1-Konzerns wegen Internetabschaltungen unter Kritik und gleichzeitig unter Druck vom dortigen Regime des Machthabers Aljaksandr Lukashenkas.

Wie schnell Transportrouten blockiert werden, zeigte die jüngste Eskalation zwischen den USA und dem Iran im März 2026. Plötzlich verlief der gesamte Flugverkehr zwischen Europa und Asien über einen schmalen Streifen zwischen Russland und dem Iran: dem Südkaukasus. Georgien, Armenien und Aserbaidschan werden aber in Zukunft auch eine



Durch Russland und seine Nachbarstaaten verlaufen wichtige Transportrouten zwischen Europa und China.

Der Northern Eurasian Corridor durch Russland ist nach wie vor die leistungsfähigste Verbindung, aber seit 2022 entwickeln sich alternative Projekte wie der Mittelkorridor (Middle Corridor) rasant weiter.

Der Südkaukasus wird zu einer Drehscheibe und hat auch für Russland als Nord-Süd-Verbindung Richtung Iran und Indien eine besondere Bedeutung.

bedeutende Rolle als Transitländer am Weg von China nach Europa spielen. Der Transport über den leistungsfähigen Nordkorridor durch Russland nimmt seit Putins Angriffskrieg ab. Einerseits wegen politischer Risiken durch die Sanktionen, andererseits weil auch die Russischen Eisenbahnen komplett ausgelastet sind. Das Transportvolumen über den sogenannten Mittelkorridor durch Zentralasien, über den Südkaukasus und die Türkei nach Europa wächst seit 2022 jährlich. Auch die EU investiert in den Ausbau des Mittelkorridors als künftige Alternative. Georgien, Armenien und Aserbaidschan sind aber auch für Russland als Verbindung nach Süden Richtung Iran und Indien von Bedeutung. Der „International North-South Transit Corridor“ ist eine wichtige Verbindung für Russlands Exporte nach Indien.

Österreichs Engagement für den Frieden

Österreich engagiert sich daher für die Stabilisierung dieser Konflikte. Neben Entwicklungszusammenarbeit und Projekten diverser Hilfsorganisationen entsendet die Republik Experten zu diversen internationalen Missionen. In der Ukraine stellte Österreich immer OSZE-Beobachter bereit. Spitzendiplomat Martin Sajdik koordinierte lange die Verhandlungen zwischen der Ukraine, den Separatisten und Russland. Das Österreichische Bundesheer beteiligt sich regelmäßig mit Beobachtern an den unbewaffneten EU-Beobachtermissionen in Georgien und Armenien. In Moldau ist Österreich bei der EU- und OSZE-Mission im Einsatz. Das Bundesheer unterstützt die moldauischen Streitkräfte bei der Verbesserung ihrer Munitionslogistik. Damit leisten wir einen Beitrag für die Sicherheit der Menschen vor Ort, denn richtig gelagerte Munition verhindert katastrophale Kettenreaktionen.

Einer kontinuierlichen Beobachtung und Beforschung der Konflikte als Beitrag zur strategischen Risikovorausschau der Republik kommt eine wesentliche Bedeutung zu, damit Österreich Entwicklungen der Lage in den Konfliktregionen frühzeitig erkennt und die Politik reagieren kann. Die Veröffentlichung der Forschungsergebnisse trägt zudem zur geistigen Landesverteidigung bei. ■

INHALT

Dieses IFK-Kontext wird nicht alle Aspekte der komplexen Konflikte in Russlands „Nahem Ausland“ wiedergeben, dies ist den Autoren bewusst. Es soll aber einen Überblick über die vor allem für Österreich relevanten Konflikte in Russlands Nachbarschaft, ihre Entstehung, die Maßnahmen des internationalen Krisen- und Konfliktmanagements – insbesondere durch UN, OSZE und EU – sowie einen Ausblick für die Zukunft der Konflikte geben.

Die Kapitel behandeln den Krieg in der Ukraine, den Transnistrien-Konflikt, die Konflikte Georgiens mit Abchasien und Südossetien und schließlich den armenisch-aserbaidshanischen Konflikt. Das letzte Kapitel stellt in kompakter Form die Relevanz dieser Konfliktregionen für die Sicherheit Österreichs und der EU dar.

AUTOREN



Bild: HBF

Christoph Bilban, BA BA MA

studierte Politikwissenschaft und Slawistik an der Universität Wien und in Moskau. Er ist Forscher am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen die Konflikte im Südkaukasus und in Osteuropa sowie die Außen- und Sicherheitspolitik Russlands.



Bild: HBF

Vincent Schulz, BA

studierte Politikwissenschaft an der Universität Salzburg und seit 2025 War Studies (M.Sc.) an der Swedish Defence University in Stockholm. Seine Interessen umfassen russische hybride Kriegsführung und autoritäre Ideologien. Von Ende Oktober 2024 bis Juli 2025 war er am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) der Landesverteidigungsakademie in Wien tätig.

Alle Publikationen des IFK/LVAk, die bis dato erschienen sind, finden Sie zum Gratis-Download hier:



Impressum:

Herausgeber und Medieninhaber:
Bundesministerium für Landesverteidigung, Roßauer Lände 1, 1090 Wien
Hersteller und Druck: Heeresdruckzentrum, 1030 Wien
Redaktion: Landesverteidigungsakademie, Stiftgasse 2a, 1070 Wien
vertreten durch: Kommandant GenMjr Mag. Friedrich Schrötter
Titelbild: KI-generiertes Bild/Shutterstock
Erscheinungsjahr: 2026
1. Auflage: 300 Stk.

NR. 05/2026
KONTEXT
ZEITSCHRIFT DES IFK/LVAk